

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 17 | 21. September bis 4. Oktober 2020

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

Sammelklagen für Verbraucher auf der Zielgeraden

Der EU-Ministerrat bestätigte am 21. September 2020 die am 22. Juni 2020 mit dem Europäischen Parlament (EU-Parlament) erzielte vorläufige Einigung über Sammelklagen für Verbraucher. Damit sollen Verbraucher vor Massenschadensereignissen wie dem Dieselskandal geschützt werden. Gleichzeitig sollen durch angemessene Garantien missbräuchliche Klagen vermieden werden. In jedem Mitgliedstaat werden qualifizierte Stellen befugt sein, Unterlassungs- und Rechtsschutzklagen im Namen von Verbrauchergruppen einzuleiten und den Zugang der Verbraucher zum Recht zu gewährleisten. Der Anwendungsbereich der kollektiven Klage wird neben dem allgemeinen Verbraucherrecht auch Verstöße von Händlern in Bereichen wie Datenschutz, Finanzdienstleistungen, Reisen und Tourismus, Energie, Telekommunikation, Umwelt und Gesundheit sowie Rechte von Flug- und Bahnreisenden umfassen.

Das Plenum des EU-Parlaments muss noch förmlich zustimmen. Dies gilt als Formsache, da der Rechtsausschuss des EU-Parlaments am 7. Juli 2020 dem Plenum vorbehaltlich der Überprüfung durch die Rechts- und Sprachsachverständigen empfohlen hat, den Standpunkt des EU-Ministerrats ohne Änderungen anzunehmen. Die Richtlinie wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft treten. Die Mitgliedstaaten erhalten dann 24 Monate Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen, und weitere sechs Monate, um sie anzuwenden. Verbraucherverbände werden dann Rechtsverstöße nicht nur feststellen und unterbinden lassen können, sondern auch Schadenersatz einfordern können.

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17
10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel
Isabelle Buscke
isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

Der Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), Klaus Müller, kommentierte: „Mit der europaweiten Einführung von Sammelklagen können Verbraucher künftig einfacher entschädigt werden. Die hohe Beteiligung an der Musterfeststellungsklage gegen VW zeigt, dass Verbraucher gemeinsam klagen wollen.“

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9592-2020-INIT/de/pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9592-2020-COR-1/de/pdf>

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Keine Entschädigung für Bahnreisende bei höherer Gewalt

Die Unterhändler von EU-Parlament und EU-Ministerrat einigten sich am 1. Oktober 2020 vorläufig auf eine Neuregelung der Rechte von Bahnreisenden. Im Fall von höherer Gewalt wie Unwetter oder Pandemien werden die Bahnbetreiber von der Pflicht zu Entschädigungen befreit. Die Vereinbarung sieht auch eine Reform des Fahrgastschutzes bei Reiseunterbrechungen und Informationen der Reisenden über ihre Rechte vor. Außerdem werden die Rechte von Fahrgästen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität gestärkt. Das EU-Parlament und der EU-Ministerrat müssen der Einigung noch förmlich zustimmen.

Aus Sicht des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) stellen der Rat und somit die EU-Mitgliedstaaten die Interessen der Bahnunternehmen jedoch beispielsweise mit der Regelung zu höherer Gewalt über die der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die fahrgastfreundliche Position des Europäischen Parlaments wurde massiv aufgeweicht. Der vzbv lehnt den Kompromiss ab, der Bahnfahren für Kunden rechtlich unsicherer macht und damit den Bahnsektor als Ganzes schädigt.

„Die aktuellen Bahngastrechte haben eines gezeigt: ein hohes Schutzniveau und ein sicherer Rechtsrahmen bei Zugausfällen und -verspätungen steigern das Vertrauen in die Eisenbahn. Diese Aspekte sind wichtig, um neue Kunden zu gewinnen. Fahrgastrechte abzusenken wird genau den gegenteiligen Effekt haben“, so Klaus Müller, Vorstand des vzbv. „Eine Höhere-Gewalt-Regelung verunsichert Bahnreisende und führt am Ende zu mehr juristischen Auseinandersetzungen. Soll die Bahn, wie verkehrs- und klimapolitisch gefordert, gestärkt werden, sind schwächere Bahngastrechte der absolut falsche Weg.“

https://ec.europa.eu/germany/news/20201002-fahrgastrechte_de

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/10/01/improved-rail-passenger-rights-informal-deal-with-the-european-parliament/>

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200925IPR87933/better-and-more-robust-rights-for-rail-passengers>

<https://www.vzbv.de/pressemitteilung/bahnfahren-attraktiv-machen>

2. EU-Kommission konsultiert zu Überarbeitung der Richtlinie über energiebezogene Produkte (Ökodesign-Richtlinie)

Die EU-Kommission eröffnet bis zum 2. November 2020 die Gelegenheit, sich zu dem für das vierte Quartal 2021 geplanten Entwurf für eine Überarbeitung der Richtlinie über energiebezogene Produkte (Ökodesign-Richtlinie) zu äußern. Die EU-Kommission hat hierzu eine „Folgenabschätzung in der Anfangsphase“ vorgelegt. Zur Diskussion stehen:

- Erweiterung der Produktpalette der Richtlinie über energiebezogene Produkte hinaus wie etwa Textilien und Möbel, aber auch Zwischenprodukte wie Chemikalien);
- Mindestanforderungen an die Nachhaltigkeit und die Information für bestimmte Produktgruppen;
- Festlegung übergreifender Nachhaltigkeitsgrundsätze für Produkte;
- Steigerung der Produktverantwortung von Herstellern etwa durch Auflagen für Reparaturdienste;
- Festlegung von EU-Vorschriften für die Anforderungen an die obligatorische Nachhaltigkeitskennzeichnung;
- Festlegung von EU-Vorschriften zu verbindlichen Mindestanforderungen an die Nachhaltigkeit des öffentlichen Beschaffungswesens von Produkten;
- Anforderungen an soziale Aspekte während des gesamten Produktlebenszyklus als Teil der Nachhaltigkeitsprinzipien;
- Vorgaben zu Produktionsprozessen, zum Beispiel zur Erleichterung des Einsatzes von wiederverwertetem Material oder zu Maßnahmen zum Verbot der Vernichtung nicht verkaufter langlebiger Güter.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12567-Sustainable-Products-Initiative?utm_source=

3. EU-Kommission überprüft Anforderungen an Verpackungen und Verpackungsabfälle

Die EU-Kommission startete am 30. September 2020 eine öffentliche Konsultation zu einem für das vierte Quartal 2021 geplanten Vorschlag für eine Richtlinie zur Verringerung von Verpackungsabfällen. In einer „Kreislaufwirtschaft“ werde die Abfallmenge reduziert und Waren würden so weit wie möglich wiederverwendet und recycelt. Das bedeute, dass auch die Menge an Verpackungsabfällen reduziert werden sollte und Verpackungen einfacher zu recyceln sein sollten. Die Kommission werde die Anforderungen an Verpackungen und Verpackungsabfälle in der EU überprüfen. Dazu gehöre auch die Bewertung folgender Aspekte: Verbesserung des Verpackungsdesigns zur Förderung der Wiederverwendung und des Recyclings, Erhöhung des Anteils recycelter Materialien in Verpackungen, Vermeidung übermäßiger Verpackungen und Verringerung des Verpackungsabfalls. Rückmeldungen sind bis zum 6. Januar 2021 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12263-Review-of-the-requirements-for-packaging-and-feasibility-of-measures-to-prevent-packaging-waste>

4. EU-Parlament fordert Maßnahmen gegen Umweltbelastung durch Arzneimittel

Das EU-Parlament wies am 17. September 2020 auf die Belastung von Böden und Gewässern durch Arzneimittelreste einschließlich antimikrobieller Mittel aus der Human- und Tiermedizin hin. Die Europaabgeordneten fordern, dass Regulierungsmaßnahmen im Einklang mit dem Vorsorgeprinzip und dem Grundsatz, dass Umweltschäden vorrangig am Ursprung zu beheben sind, ergriffen werden müssen. Es sollten aber auch Anreize für bessere Verschreibungspraktiken und verantwortungsvolles Verbraucherverhalten geschaffen werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200910IPR86826/parliament-wants-the-eu-to-tackle-pharmaceutical-pollution>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0226_DE.html

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. EU-Kommission unterbreitet Aktionsplan für Kapitalmarktunion in Europa

Die EU-Europäische Kommission hat am 24. September 2020 einen neuen Aktionsplan für die EU-Kapitalmarktunion in den kommenden Jahren veröffentlicht. Große, integrierte Kapitalmärkte förderten die Erholung in der Europäischen Union (EU), böten Unternehmen besseren Zugang zu Kapitalquellen und Sparerinnen bessere Anlagemöglichkeiten. Im Aktionsplan werden drei Hauptziele dargelegt:

- Gewährleistung einer grünen, digitalen, inklusiven und widerstandsfähigen wirtschaftlichen Erholung in der EU, indem europäischen Unternehmen der Zugang zu Finanzierungen erleichtert wird;
- Ausgestaltung eines EU-Finanzplatzes, an dem Privatpersonen in einem noch sichereren Umfeld als bisher langfristig sparen und investieren können;
- Integration der nationalen Kapitalmärkte in einen echten EU-weiten Kapitalbinnenmarkt.

Im Aktionsplan werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, um das Finanzwissen von Kleinanlegern zu erweitern, damit diese fundiertere Finanzentscheidungen treffen und die Möglichkeiten der Kapitalmärkte ausschöpfen können. Im Rahmen des Aktionsplans werden auch die geltenden Vorschriften im Bereich Anreize für Verbraucher, ein bestimmtes Produkt zu erwerben, überprüft. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Anleger eine faire Beratung und vergleichbare Produktinformationen erhalten. Auf diese Weise werde dazu beigetragen, die beruflichen Qualifikationen von Finanzberatern zu verbessern und die Angemessenheit von Produkten für die Altersversorgung leichter zu überwachen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200924-kapitalmarktunion_de

https://ec.europa.eu/info/publications/200924-capital-markets-union-action-plan_en (Link zu Aktionsplan)

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_20_1676 (Fragen und Antworten)

2. EU-Kommission schlägt Paket zur Digitalisierung des Finanzsektors vor

Die EU-Kommission hat am 24. September 2020 ferner ein Paket zur Digitalisierung des Finanzsektors vorgelegt. Dieses soll Verbrauchern bessere Finanzprodukte bieten und neue Finanzierungskanäle für Unternehmen eröffnen. Verbraucher sollen über Grenzen hinweg Zugang zu Finanzprodukten erhalten und Fin-Tech-Start-ups sollen expandieren können. Das Paket enthält eine Strategie für den Massenzahlungsverkehr sowie Legislativvorschläge zu Kryptowerten und zur Stabilität digitaler Systeme. Angestrebt wird ein vollständig integriertes Massenzahlungssystem in der EU, das auch Lösungen für grenzüberschreitende Sofortzahlungen umfasst. Gleichzeitig sollen Verbraucherschutz und Finanzstabilität gewährleistet werden.

Mit der vorgeschlagenen „Verordnung über Märkte für Kryptowerte“ sollen Anleger von Produkten wie „Stablecoins“ geschützt und die Finanzstabilität gewahrt werden. Als Sicherheitsvorkehrungen sind Eigenkapitalanforderungen, die Verwahrung von Vermögenswerten, ein den Anlegern zur Verfügung ste-

hendes obligatorisches Beschwerdeverfahren und Rechte des Anlegers gegenüber dem Emittenten vorgesehen. Mit dem vorgeschlagenen Rechtsakt zur digitalen Betriebsstabilität soll sichergestellt werden, dass alle Teilnehmer am Finanzsystem die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen getroffen haben, um Cyberangriffe und andere Risiken abzumildern.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200924-digitalisierung-finanzsektor_de

https://ec.europa.eu/info/publications/200924-digital-finance-proposals_en

(Link zum Paket)

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_1685 (Fragen und Antworten)

3. Europäische Zentralbank arbeitet an digitalem Euro

Die Europäische Zentralbank hat am 2. Oktober 2020 einen Bericht über die mögliche Ausgabe eines digitalen Euro veröffentlicht. Ein digitaler Euro wäre eine elektronische Form von Zentralbankgeld und könnte von der breiten Bevölkerung genutzt werden, genauso wie Bargeld, nur in digitaler Form: als schnelles, einfaches und sicheres Zahlungsmittel. Er würde das Bargeld ergänzen, aber nicht ersetzen. In jedem Fall werde das Eurosystem auch weiterhin Bargeld ausgeben. Das öffentliche Konsultationsverfahren und eine Testphase würden demnächst eingeleitet.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr201002~f90bfc94a8.de.html>

4. Kommission holt Meinungen zum Gebrauch von 1- und 2-Cent-Münzen ein

Die EU-Kommission hat am 28. September 2020 eine öffentliche Konsultation zur Verwendung der 1- und 2-Cent Münzen gestartet. Nach den EU-Vorschriften für Euro-Münzen sollten die EU-Institutionen regelmäßig die Verwendung der unterschiedlichen Stückelungen von Euro-Münzen im Hinblick auf Kosten und öffentliche Akzeptanz prüfen. Bei dieser Bewertung wird geprüft, ob die Vorschrift eingeführt werden sollte, Barzahlungen auf fünf 5 Cent zu runden. Dies könnte dazu führen, dass 1- und 2-Cent-Münzen schrittweise abgeschafft werden. Rückmeldungen sind bis 11. Januar 2021 möglich. Parallel zur Befragung gibt die EU-Kommission Gelegenheit zur Stellungnahme zu einer Folgenabschätzung („Fahrplan“) für dieses Vorhaben. Zum Fahrplan kann bis zum 26. Oktober 2020 Feedback gegeben werden. Die EU-Kommission wird Ende 2021 entscheiden, ob ein Vorschlag für Rundungsregeln bei Barzahlungen im Euroraum gerechtfertigt ist.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200928-cent-muenzen_de

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12566-Uniform-rounding-rules-for-cash-payments>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. EU-Kommission warnt vor steigenden Corona-Infektionszahlen

EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides hat am 24. September 2020 an das Verantwortungsbewusstsein aller appelliert und vor stark steigenden Corona-Infektionszahlen gewarnt. Gemeinsam mit Andrea Ammon, Direktorin des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC), stellte sie eine aktualisierte Risikoanalyse vor. Es sei entscheidend, dass die EU-Staaten Tests und die Rückverfolgung von Kontaktpersonen intensivieren und bei COVID-19-Ausbrüchen schnell und zielgerichtet reagieren. Die Risikobewertung des ECDC kommt zu dem Schluss, dass nicht-pharmazeutische Maßnahmen wie Abstand, Hygiene und das Tragen von Gesichtsmasken nicht ausreichen, um die Exposition zu verringern oder zu kontrollieren. Unverzichtbar sei auch eine klare Krisenkommunikation, insbesondere mit jungen Menschen, und eine bessere Kooperation mit anderen EU-Staaten, beispielsweise bei Reisebeschränkungen. Abstands-, Hygiene- und Quarantäne-Regeln müssten unbedingt befolgt werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200924-corona-infektionszahlen_de

<https://www.ecdc.europa.eu/en/publications-data/covid-19-risk-assessment-increased-transmission-twelfth-update> (Risikobewertung)

<https://www.ecdc.europa.eu/en/publications-data/covid-19-guidelines-non-pharmaceutical-interventions> (Leitlinien)

2. Erstattung der Kosten von dringendem medizinischem Eingriff im Ausland auch ohne Vorabgenehmigung

Der Europäische Gerichtshof entschied am 22. September 2020, dass bei einem dringenden medizinischen Eingriff die Kostenerstattung für eine Behandlung in einem anderen Mitgliedstaat nicht wegen mangelnder Vorabgenehmigung versagt werden dürfe. Eine solche Beschränkung verstoße gegen den Grundsatz des freien Dienstleistungsverkehrs und die Richtlinie über grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung. Im Ausgangsfall ist am 17. Oktober 2016 ein Arzt in Deutschland bei einer Untersuchung zu dem Ergebnis gekommen, dass ein augenärztlicher Eingriff dringend vorzunehmen sei, um die Sehkraft des Patienten aus Ungarn zu erhalten. Dieser wurde am 18. Oktober 2016 erfolgreich operiert. Die ungarische Behörde lehnte jedoch die Kostenerstattung

ab, da es sich bei dieser Versorgung um eine geplante Behandlung gehandelt habe, für die der Antragsteller keine Vorabgenehmigung erhalten habe.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-09/cp200113de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=231481&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4543276>

3. Überarbeitung von Vorschriften für die Sicherheit von tierischen Erzeugnissen

Die EU-Kommission veröffentlichte am 2. Oktober 2020 den Entwurf einer delegierten Verordnung über die Überarbeitung spezifischer Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit tierischer Erzeugnisse. Mit dieser Initiative sollen bestehende Vorschriften aktualisiert werden, um mehr Flexibilität in Bezug auf die Hygienevorschriften für Fleisch zu ermöglichen, gleichzeitig jedoch das hohe Maß an Lebensmittelsicherheit aufrechtzuerhalten. So soll erreicht werden, dass die Vorschriften im Allgemeinen klarer werden, dass auf neue Verbraucheranforderungen reagiert wird und dass bestimmte Probleme gelöst werden, die die Umsetzung in der Praxis erschwert haben. Zu diesem Entwurf kann bis 30. Oktober 2020 Stellung genommen werden. Die EU-Kommission kann die Verordnung annehmen, wenn der EU-Ministerrat und das EU-Parlament keine Einwände erheben.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12353-Revision-of-specific-rules-of-food-of-animal-origin>

4. Änderung von Lebensmittelkontrollen bei Huftieren, Fischen und Schalentieren

Die EU-Kommission veröffentlichte am 2. Oktober 2020 den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Aktualisierung der Lebensmittelsicherheitskontrollen bei Fleischuntersuchungen von Huftieren (wie Schweinen, Kühen, Schafen, Ziegen), Toxine in lebenden Muscheln und Kontaminanten in Fischereierzeugnissen. Mit dieser Initiative würden die bestehenden Vorschriften auf Ersuchen von EU-Ländern und Interessenträgern im Sinne einer größeren Klarheit geändert. Rückmeldungen zu dem Entwurf sind bis 30. Oktober 2020 möglich. Die EU-Kommission kann die Verordnung annehmen, wenn der EU-Ministerrat keine Einwände erhebt.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12348-Revision-of-official-controls-post-mortem-inspection-toxins-in-live-bivalve-molluscs-and-contaminants-in-fishery-produ>

5. EU-Einfuhrvorschriften für lebende Schnecken für den menschlichen Verzehr

Die EU-Kommission veröffentlichte am 2. Oktober 2020 ferner den Entwurf einer delegierten Verordnung über EU-Einfuhrvorschriften für lebende Schnecken für den menschlichen Verzehr. Der Verzehr bestimmter Schnecken sei derzeit nicht durch einheitliche Einfuhrbestimmungen geregelt. Jedes EU-Land lege seine eigenen Vorschriften in Bezug auf die Lebensmittelsicherheit fest. Mit dieser Initiative sollen die EU-Vorschriften geändert und Einfuhrbestimmungen für lebende Schnecken eingeführt werden, die denen für verarbeitete Schnecken vergleichbar sind. Durch die Initiative soll eine Liste der Länder erstellt werden, die Schnecken in die EU ausführen dürfen, eine Liste der Lebensmittel ausführenden Unternehmen erstellt werden und sichergestellt werden, dass die Sendungen von Genusstauglichkeitsbescheinigungen begleitet werden. Zu diesem Entwurf kann bis 30. Oktober 2020 Stellung genommen werden. Die EU-Kommission kann die Verordnung annehmen, wenn der EU-Ministerrat und das EU-Parlament keine Einwände erheben.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12436-Import-conditions-for-live-snails-intended-for-human-consumption->

6. EU-Kommission genehmigt genetisch veränderte Sojabohne für Lebens- und Futtermittel

Die EU-Kommission hat am 28. September 2020 eine gentechnisch veränderte Sojabohne für die Verwendung in Lebens- und Futtermitteln genehmigt. Die Genehmigung umfasst nicht den Anbau in der EU. Sie ist zehn Jahre lang gültig. Alle Produkte, die aus der entsprechenden Sojabohne hergestellt werden, unterliegen strengen Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsvorschriften. Konkret handelt es sich um die Zulassung der Sojabohne MON 87708 x MON 89788 x A5547-127.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200928-sojabohne_de

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

EU-Staats- und Regierungschefs für digital souveräne Europäische Union

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union beschäftigten sich am 2. Oktober 2020 im Europäischen Rat mit der Frage, wie der digitale Wandel vorangetrieben werden kann. Sie waren sich darüber einig, dass die digitale Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft selbstbestimmt gestaltet werden muss. Die Europäische Union wolle digital souverän sein. Das bedeute

nicht, dass alles in Europa produziert werden müsse. Es müsse aber entschieden werden, welche Bereiche so wichtig seien, dass sie zu dieser Souveränität gehören“.

Nach den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates sollen etwa vertrauenswürdige und sichere Clouds geschaffen werden, damit europäische Daten vor Ort gespeichert und verarbeitet werden. Der Europäische Rat begrüßt auch die Schaffung gemeinsamer europäischer Datenräume in strategischen Bereichen und ersucht insbesondere die EU-Kommission, dem Raum für Gesundheitsdaten, der bis Ende 2021 eingerichtet werden sollte, Vorrang einzuräumen.

Der Europäische Rat fordert die Entwicklung eines EU-weiten Rahmens für die sichere öffentliche elektronische Identifizierung (eID), einschließlich interoperabler digitaler Signaturen, damit die Menschen die Kontrolle über ihre Online-Identität und ihre Daten haben und der Zugang zu öffentlichen, privaten und grenzüberschreitenden digitalen Diensten möglich ist. Er ersucht die EU-Kommission, bis Mitte 2021 einen Vorschlag für eine Initiative zur „europäischen digitalen Identifizierung“ vorzulegen.

<https://www.eu2020.de/eu2020-de/aktuelles/artikel/europaeische-rat-in-bruessel-aussen-und-wirtschaftspolitik-im-fokus/2399642>

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/10/02/european-council-conclusions-1-2-october-2020/>

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. EU-Parlament für Schutz der Wälder durch nachhaltige Lieferketten

Das EU-Parlament forderte am 15. September die EU-Kommission auf, sicherzustellen, dass für Produkte und Waren, die auf dem EU-Markt in Verkehr gebracht werden, nachhaltige und entwaldungsfreie Lieferketten bestehen. Die Kommission solle auch verhindern, dass EU-Finanzinstitute direkt oder indirekt mit Entwaldung, Waldschädigung oder der Schädigung natürlicher Ökosysteme in Verbindung stehen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200910IPR86827/green-deal-intensivere-massnahmen-gegen-die-globale-entwaldung>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2020-0143_DE.html

2. EU-Mitgliedstaaten können Kurzzeitvermietung von Wohnungen reglementieren

Der Europäische Gerichtshof entschied am 22. September 2020, dass nationale Regelungen zur Beschränkung der regelmäßige Kurzzeitvermietung einer Wohnung an Personen, die sich nur vorübergehend in der betreffenden Gemeinde aufhalten, ohne dort einen Wohnsitz zu begründen, von einer Genehmigung abhängig gemacht werden können. Eine solche Regelung sei zulässig, wenn sie ein angemessenes Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot ist. Im Ausgangsfall geht es um eine in Frankreich für Städte über 200.000 Einwohner und den Großraum Paris geltende Regelung.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-09/cp200111de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=77EED45208633EEE4C5AA0B53B2C9418?text=&docid=231406&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4541159>

3. EU-Kommission schlägt strengere Grenzwerte für Anilin in Spielsachen vor

Die EU-Kommission veröffentlichte am 24. September 2020 den Entwurf einer Richtlinie zur Anpassung der Grenzwerte für Anilin gemäß der Spielzeugrichtlinie. Anilin wird als krebserregend und erbgutverändernd eingestuft. Bis zum 22. Oktober 2020 kann zu diesem Entwurf Stellung genommen werden. Die EU-Kommission kann diese Richtlinie annehmen, wenn die EU-Mitgliedstaaten keine Einwände erheben. Nach ihrer Annahme erhalten die Mitgliedstaaten 18 Monate zur Umsetzung.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12607-Amendment-of-the-Toy-Safety-Directive-to-adapt-the-limit-values-for-aniline>

4. Zunahme des Verbrauchervertrauens in Europa

Der von der EU-Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens stieg im September 2020 gegenüber dem Vormonat im Euroraum um 0,8 Punkte auf -13,9 und in der Europäischen Union um 0,6 Punkte auf -14,9 Punkte. Der Index liegt im Euroraum noch weit unter seinem langfristigen Durchschnitt von -11,1 und in der Europäischen Union noch weit unter seinem langfristigen Durchschnitt von -10,5.

Der Index wird seit Januar 2019 neu berechnet. Er beruht nunmehr auf den Antworten von Verbrauchern auf folgende vier Fragen: (i) Wie hat sich die finanzielle Lage ihres Haushalts in den letzten 12 Monaten entwickelt?, (ii) Was für eine Entwicklung der finanziellen Lage ihres Haushalts erwarten sie in den nächsten 12 Monaten?, (iii) Was für eine Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ihres Landes erwarten sie in den nächsten 12 Monaten? und (iv) Verglichen mit den letzten 12 Monaten, erwarten sie mehr oder weniger

Ausgaben für größere Ankäufe (Möbel, Elektrogeräte, elektronische Geräte usw.) in den nächsten 12 Monaten ?

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/flash_consumers_2020_09_en.pdf

TERMINVORSCHAU

Rat

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (5. Oktober 2020)

Schlussfolgerungen des Rates zur Cybersicherheit von Geräten, die mit dem Internet verbunden sind (Präsentation des Vorsitzes); Vorschlag für eine Verordnung zur Errichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit.

Sonderausschuss Landwirtschaft (5. Oktober 2020)

Paket zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 (Gedankenaustausch); Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ (Informationen zum überarbeiteten Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates).

Videokonferenz der Minister für Energie (6. Oktober 2020)

Aussprachen über die Instrumente zur Erreichung der Energie- und Klimaziele der EU für das Jahr 2030 sowie die Wasserstoffstrategie der EU.

Videokonferenz der Minister für Wirtschaft und Finanzen (6. Oktober 2020)

Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen (Informationen des Vorsitzes); (ggf.) Aktionsplan für die Kapitalmarktunion (Vorstellung durch die Kommission, Gedankenaustausch); Stand der Umsetzung der Rechtsvorschriften im Bereich der Finanzdienstleistungen (Informationen der Kommission).

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (6. Oktober 2020)

Empfehlung der Kommission zu einem gemeinsamen Instrumentarium der Union zur Senkung der Kosten für den Einsatz von Netzen mit sehr hoher Kapazität und zur Gewährleistung eines rechtzeitigen und investitionsfreundlichen Zugangs zu 5G-Funkfrequenzen (Präsentation der Kommission).

Ratsarbeitsgruppe „Gesundheitswesen“ (7. Oktober 2020)

Vorschlag für eine Verordnung über die Aufstellung eines Programms für die Tätigkeit der Union im Gesundheitsbereich – für den Zeitraum 2021-2027

("EU4Health-Programm") – Prüfung des zweiten Kompromisstextes des Vorsitzes.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (7. Oktober 2020)

Verordnung zur Einrichtung des Programms für digitales Europa für den Zeitraum 2021-2027 (Mandat für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament); Verordnung über die Rechte und Pflichten von Fahrgästen im Eisenbahnverkehr (Unterrichtung des Vorsitzes über die Ergebnisse des Trilogs).

Informelle Videokonferenz der Verkehrsminister (8. Oktober 2020)

COVID-19-Notfallplan für den Güterverkehrssektor; Vorschlag für den einheitlichen europäischen Luftraum (Information der Kommission).

Rat allgemeine Angelegenheiten (13. Oktober 2020)

Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (Sachstand); EU-Koordinierung von Covid-19-Maßnahmen (Sachstand).

Informelle Videokonferenz der Minister für Telekommunikation (15. Oktober 2020)

Aktuelle Themen im Bereich der europäischen Telekommunikations- und Digitalpolitik.

Europäischer Rat (15./16. Oktober 2020)

Beziehungen EU-Vereinigtes Königreich: Bilanz der Umsetzung des Austrittsabkommens, Stand der Verhandlungen über die künftige Partnerschaft und Vorbereitungsarbeiten für alle Szenarien für die Zeit nach dem 1. Januar 2021; Klimawandel: Fortschritte bei der Verwirklichung des EU-Ziels der Klimaneutralität bis 2050; Orientierungsaussprache über Fragen im Zusammenhang mit dem Klimawandel.

Europäisches Parlament

Plenum (5. bis 8. Oktober 2020)

Die Rolle der Europäischen Aufsichtsbehörden im Wirecard-Skandal - Erklärungen des Rates und der Kommission; Digitales Finanzwesen: neu auftretende Risiken bei Kryptoanlagen – Herausforderungen in Bezug auf Regulierung und Aufsicht im Bereich Finanzdienstleistungen, Finanzinstitute und Finanzmärkte; Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion: Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln am Kapitalmarkt, insbesondere durch KMU, und Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für Kleinanleger; Märkte für Finanzinstrumente - Empfehlung für die zweite Lesung; Europäische Crowdfunding-Dienstleister für Unternehmen - Empfehlung für die zweite Lesung; Europäisches Klimagesetz; Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Langzeitpflegeeinrichtungen - Erklärung der Kommission.

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (12. Oktober 2020) - Hybridsitzung

Europäisches Jahr der Schiene (2021) - Abstimmung über den Beschluss über die Aufnahme von interinstitutionellen Verhandlungen; Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Neufassung) - Berichterstattung an den Ausschuss über die Verhandlungen.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (14. Oktober 2020)

Mitteilung über die Aufhebung von Investitionshindernissen für eine erfolgreiche Erholung nach der Corona-Pandemie; Achtes Umweltaktionsprogramm; Methan-Strategie; Chemikalien-Strategie für Nachhaltigkeit; Verordnungsentwurf zur europäischen Datenverwaltung.

Europäischer Ausschuss der Regionen

Plenum (12. bis 14. Oktober 2020) - Hybridsitzung

Debatte über den Grünen Deal mit Ausführungen von Frans Timmermans, für den europäischen Grünen Deal zuständiger Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission (13. Oktober, 9.00–10.00 Uhr). Stellungnahmen zu: Gleichwertige Lebensverhältnisse – eine gemeinsame Aufgabe für alle Verwaltungsebenen in Europa (Initiativstellungnahme); Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (Prospektivstellungnahme); Ein europäischer Notfallmechanismus für Gesundheitskrisen (Initiativstellungnahme); Programm „EU4Health“; Europäisches Jahr der Schiene (2021); Stärkung der lokalen Governance und der repräsentativen Demokratie durch neue digitale Technologien (Initiativstellungnahme); Eine Strategie zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas und eine europäische Datenstrategie (Initiativstellungnahme); Weißbuch zur künstlichen Intelligenz – ein europäisches Konzept für Exzellenz und Vertrauen (Initiativstellungnahme); Der Europäische Klimapakt (Prospektivstellungnahme); Neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft (Befassung durch den Ratsvorsitz); Neuauflage der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt (Initiativstellungnahme); Entschließung „Lokale und regionale Gebietskörperschaften wegweisend im Kampf gegen COVID-19 und beim Wiederaufbau“.

Europäischer Gerichtshof

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C 645/19 (5. Oktober 2020)

Zuständigkeit nationaler Datenschutzbehörden bei Verfahren gegen Facebook.

Urteile in den Rechtssachen C 623/17, C 511/18, C 512/128 und C 520/18 (6. Oktober 2020)

Speicherung von und Zugriff auf Verbindungsdaten.

Urteil in der Rechtssache C 360/19 (8. Oktober 2020)

Beschwerdemöglichkeit nach Stromausfall.

Urteil in der Rechtssache C 641/19 (8. Oktober 2020)

Wertersatz nach Widerruf eines Online- Partnervermittlungs-Vertrags.

Schlussanträge in der Rechtssache C-555/19 (8. Oktober 2020)

Verbot regionaler Werbung in bundesweiten Rundfunkprogrammen.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)